

Die Gleichheit.

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post (eingetragen unter Nr. 2978) vierteljährlich ohne Bestellgeld 56 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement Mk. 2.60.

Stuttgart
Mittwoch den 25. September
1901.

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Clara Zetkin (Bundes), Stuttgart, Blumenstraße 34, III. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtwänglerstraße 12.

Nachdruck ganzer Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Inhalts-Verzeichnis.

Zum Parteitag der Sozialdemokratie in Lübeck. — Fabrikinspektionsassistentinnen in Württemberg und Preußen. Von a. br. — Zur Frage der Wirtschaftsgenossenschaften. Von Frieda Wulff. — Aus der Bewegung. — Feuilleton: Die Näherin. Von Théodore de Banville. Deutsch von Wilhelm Thal. — Notizentheil: Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Gewerkschaftlicher Arbeiterinnenschutz. — Frauenbewegung. — Frauenstimmrecht. — Verschiedenes. — Dienstreuenfrage.

Zum Parteitag der Sozialdemokratie in Lübeck.

Der diesjährige Parteitag der deutschen Sozialdemokratie tritt unter Anzeichen zusammen, welche eindringlich die schärfere Zuspitzung der wirtschaftlichen und politischen Klassegegensätze und ihrer naturnothwendigen Folge: des Klassenkampfes künden.

Die herausgezogene Krise, das legitime Kind der Gegensätze, welche in dem Wesen der kapitalistischen Produktion begründet sind, und durch keine Kartell- oder Ringbildung, keine noch so machtvolle Gewerkschaftsbewegung beschworen werden können, lastet mit fürchterlichem Druck auf dem deutschen Proletariat und droht sich auf immer größere Kreise desselben zu erstrecken. Scharf umrissen, hell beleuchtet zeigt sie die unüberbrückbare Kluft der Interessen, welche Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse von einander scheidet. Das deutsche Unternehmertum saß behaglich schmausend an der Tafel des Aufschwungs, deren Brotsamen die Lohnsklaven sich erkämpfen mußten. Nun aber hat es fieberhafte Eile, dem Proletariat allein die bitteren Früchte des wirtschaftlichen Niedergangs aufzuhalsen. Tausende und Tausende seiner Angehörigen fliegen brotlos aufs Pflaster, denen aber, die dem Kapital weiter zinsen dürfen, grinst Lohndruck, verlängerte Arbeitszeit, gesteigerte Auspressung der Arbeitskraft entgegen. Dem privaten Unternehmertum voran hastet der preussische Eisenbahnminister, um aus der Krise eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen herauszuschlagen, die ohnehin schon im Zeichen der schäblichsten, verrufensten „Sparpolitik“ stehen. Neben der Stockung des Wirtschaftslebens zeigt der geplante Zollwucher, wessen sich das Proletariat von seinen Todfeinden, den ausbeutenden und herrschenden Klassen zu versehen hat. Krautjunker und Industriemagnaten marschieren Arm in Arm zum schamlosesten Vortritt auf die Taschen der arbeitenden Massen, und der Staat erweist sich als willfähriger Diener ihrer Massgier. Und um die heilige Dreizahl voll zu machen, hat im letzten Jahre die abenteuerlichste wahnwitzige Wasser- und Eroberungspolitik — welche das Brandmal der Hunnenkultur trägt — mit ihrer Zwillingsschwester, der reaktionären Sozialpolitik — der das unauslöschliche Schandmal des Zwölftausendmarkbettelers eingebrannt ist — sinnfällig die Natur der kapitalistischen Ordnung und ihres Staates erhärtet.

Was dem bevorstehenden sozialdemokratischen Parteitag entgegenklingt, ist deshalb nicht wie etlichen seiner Vorgänger der Ruf einzelner theoretisch und parlamentarisch führender Persönlichkeiten, nach einer „Revision“ der sozialdemokratischen Grundsätze und Politik; nicht die Befürwortung der gemüthlichen Auffassung, daß die Arbeiterklasse Alles in Allem mit der kapitalistischen Gesellschaft schon auskommen und ihr durch sittsames Betragen kleine Reformchen abschmeicheln könne; nicht die Aufforderung, mit wohl-

meinendem, ethisch fristrem bürgerlichem Krethi und Plethi freundliches Lächeln und gefühlvollen Händedruck zu tauschen. Was ihr aus Presse und Versammlungen entgegentritt, ist der unzweideutige Wille der Masse ihrer Gefolgschaft, den grundsätzlichen Kampf wider die kapitalistische Gesellschaftsordnung mit ungeminderter Schärfe weiter zu führen. Kennzeichnend dafür sind die vielerorts erhobenen Wünsche, die Zoll- und Handelspolitik und Krach und Krise auf die Tagesordnung des Parteitags zu setzen. Ganz besonders in dem letzteren Verlangen äußert sich in erfreulicher Weise das proletarische Klassenbedürfnis nach der „unrevivierten“ großzügigen sozialistischen Kritik der kapitalistischen Produktionsweise, ihrer Gesellschaft und ihres Staates.

Kein Zweifel daher: weniger als je wird in Lübeck die Sozialdemokratie als froh Besehrte im Unschuldskleidchen bürgerlicher Reformerei erscheinen. Die Verhandlungen und Beschlüsse zu allen Punkten ihres reichen und bedeutsamen Arbeitsprogrammes werden ihr unverfälscht, ungemauert revolutionäres Wesen mit würdigen Wert der Unzweideutigkeit zum Ausdruck bringen. Dies gilt sicherlich auch von der Stellungnahme des Parteitags zur Wohnungsfrage. In der That: wenn irgend eines der schreienden Uebel, unter denen das Proletariat seufzt, dringend Vinderung heischt, so ist es das Wohnungseld. Aber kaum einem gegenüber erweist sich das bürgerliche Reformstückwerk seinem Wesen und der Art der Durchführung nach so ohnmächtig, wie gegenüber der Wohnungsnoth mit ihrem entsetzlichen Gefolge an hygienischen, geistigen, sittlichen Schäden. So willig deshalb die Sozialdemokratie ist und sein muß, mit Eifer und Nachdruck für alle Reformen einzutreten, alle Mittel zur Anwendung zu bringen, welche eine Milderung der Wohnungsnoth versprechen, so erkenntnißklar ist sie und muß sie sein, jede Ueberschätzung des Umfangs und der Tragweite der einschlägigen Reformarbeit von der Hand zu weisen und auch bei dieser selbst ihre reinliche Scheidung von den bürgerlichen Kurpfuschern mit aller Strenge aufrecht zu erhalten. Nicht als sozialistisches Reformkudelmuddel, nur als Partei des proletarischen Klassenkampfes kann die Sozialdemokratie an die Wohnungsfrage herantreten und auf diesem Gebiet erfolgreich reformieren.

Wie die Dinge liegen, ist mithin Heuer die bürgerliche Presse außer Stande — bafern sie leiblich bei Verstand und Verständnis bleibt —, ihren Brotherren mit dem billigen Troste der üblichen Schäfer-Thomasiade von der sich mausernden und spaltenden Sozialdemokratie aufzuwarten. Dafür vermag sie dieselben mit dem süßen Labfal eines aufsteigenden Konfliktes zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften zu erquicken, wie ihn die tiefbedauerliche Angelegenheit der Hamburger Akkordmurer in ihrem Schoße birgt. Wie sich in den meisten Versammlungen, welche Stellung zum Parteitag nahmen, das Hauptinteresse auf sie konzentrierte, so wird aller Voraussicht nach ihre Behandlung wohl auch einen sehr breiten Raum in den Parteitagsarbeiten einnehmen. Hinter der Angelegenheit der Akkordmurer steht die Frage nach dem Verhältnis zwischen der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften. Und was dazu erörtert und beschlossen wird, bedarf reiflicher, sorgsamster Erwägung, denn es greift tief und folgeschwer in das tägliche Leben und Kämpfen der deutschen Arbeiterklasse auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet hinein.

Was den vielumstrittenen Schiedsspruch selbst anbetrifft, so übersehen seine Kritiker nicht bloß die scharfe Verurteilung, die Disziplinbruch und Sonderbündelei gefunden hat, sondern das

Eine, grundsätzlich Entscheidende. Das Schiedsgericht hat einstimmig klipp und klar Streikbruch für eine ehrlose Handlung im Sinne des Statuts der sozialdemokratischen Partei erklärt. Nur weil die bisher angerufenen Parteinstanzen zu der Ueberzeugung gelangten, daß die Akkordmurer in Folge der eigentümlich gelagerten Verhältnisse nicht Streikbrecher im gewöhnlichen Sinne des Wortes seien, lehnten sie ihren Ausschluß aus der Partei ab. Allerdings hat neuerdings die Hamburger Gewerkschaftskommission die Akkordmurer des gewöhnlichen Streikbruchs und obendrein noch unter den schmutzigsten Umständen bezichtigt. Demgegenüber sei jedoch an Folgendes erinnert. Im Bericht über die Sitzung des Schiedsgerichts („Hamburger Echo“ vom 17. Juli) heißt es: „Daß Akkordmurer an einer Arbeitsstätte weiter gearbeitet haben, über welche der Verband wegen Differenzen aus dem Arbeitsverhältnis, sei es wegen Lohn, Arbeitszeit oder inhumaner Behandlung der Arbeiter, die Sperre verhängt hat, ist weder erwiesen, noch während der Verhandlungen behauptet worden.“ Das Schiedsgericht war aber zur Hälfte aus Vertretern der Ankläger zusammengesetzt: der sozialdemokratischen Wahlvereine von Hamburg und Wandsbek, und hörte drei Vertreter des Zentralverbandes der Maurer. Kann jetzt an der Hand unanfechtbaren Materials erhärtet werden, was damals „weder erwiesen, noch behauptet wurde“, so muß der grundsätzlichen Erklärung des Schiedsgerichts zufolge der Parteitag den Ausschluß der Akkordmurer beschließen. Dem Schiedsgericht kann man aber jedenfalls keinen Vorwurf daraus machen, daß es seinerzeit mangelnden Beweisen gegenüber zu einem anderen Urtheil gelangte.

Bleibt auf dem Schuldkonto der Akkordmurer dagegen „nur“ der gewerkschaftliche Disziplinbruch zurück, so ist das wahrlich genug und übergenug, die rücksichtsloseste Brandmarkung ihrer abscheulichen Handlungsweise durch den Parteitag zu rechtfertigen. Allein nicht den Ausschluß aus der Partei. Die Sozialdemokratie hat bisher davon abgesehen, einzelne ihrer Mitglieder oder ganze Mitgliedschaften wegen Disziplinbruchs der eigenen Parteibeschlüsse auszuschließen. Wie kann sie da des gewerkschaftlichen Disziplinbruchs halber den Ausschluß aus ihren Reihen verhängen? Ist der Fahnenflüchtige, der Disziplinbrüchige im politischen Blachfeld etwa weniger verdammenstwerth als der Deserteur im gewerkschaftlichen Kampfe?

Ob die Partei fünfzig organisierte Mitglieder mehr zählt oder nicht, spielt für die Entscheidung der strittigen Frage wahrlich keine Rolle. Obendrein, wenn es sich um Mitglieder handelt, denen die elementarsten Gebote der modernen Arbeiterbewegung nicht tiefer in Fleisch und Blut übergegangen zu sein scheinen, wie den Sonderbündlern in Hamburg. Aber in einem anderen Lichte erscheint Frage und Entscheidung, wenn man sie mit Rücksicht auf ihre unausbleiblichen Folgen prüft. Wird der gewerkschaftliche Disziplinbruch — der sich heute um die Akkordarbeit dreht, morgen um eine andere gewerkschaftliche Materie — zum Grund der Ausschließung aus der Partei, so erfolgt eine Verquickung von politischer und gewerkschaftlicher Bewegung, die weder im Interesse der einen noch der anderen liegt, vielmehr beide schädigt. Wie einzelne Gewerkschafter als Mitglieder der sozialdemokratischen Partei gewerkschaftliche Streitfragen in die Sozialdemokratie hineinragen, so ist es unvermeidlich, daß umgekehrt einzelne Sozialdemokraten als Mitglieder der Gewerkschaften politische Streitfragen hier zum Austrag zu bringen suchen. Bernsteins sonderbare Doktrin, daß die Sozialdemokratie als die höhere Einheit der gesammten Arbeiterbewegung der Gewerkschaftsbewegung gegenüber wohl Pflichten, aber keine Rechte auf Gegenleistungen habe, würde diesen Gang der Dinge nicht aufzuhalten vermögen. Die Thatsachen haben ihre eigene Logik, die sich nicht forttheoretisiren läßt. Dazu darf ein anderer Umstand nicht übersehen werden. Ein gesundes Verhältniß zwischen Partei und Gewerkschaften ist nur möglich auf Grund der Gegenseitigkeit. Einseitige Pflichtleistungen der Ersteren würden mit der Zeit zur Unterordnung unter oder zur Ueberordnung über die Gewerkschaften führen, würden zur Quelle zahlreicher, kräftevergebender Reibereien werden, zum Ausgangspunkt eines beider Seiten verhängnißvollen Kampfes um Macht und Gleichberechtigung. Schließlich und nicht zuletzt warnt das für den größten Theil Deutschlands geltende reaktionäre Vereinsgesetz und seine noch

reaktionärere Handhabung davor, die politische Bewegung mit gewerkschaftlichen Fragen zu verquickeln und vice versa. Noch giebt es Richter in Preußen und anderwärts, deren salomonische Weisheit im Dienste amtlichen Pflichteifers aus dem neuen Stand der Dinge den formalen Zusammenhang der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung, den politischen Charakter der proletarischen Berufsorganisationen und ihrer Aktionen nachweisen und ahnden würden.

Gewiß: sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften gehören als die beiden Träger der modernen Arbeiterbewegung, des proletarischen Klassenkampfes in innerer, unlösbarer Einheit zusammen. Mit Flammenzeichen sollte diese Erkenntniß in Herz und Hirn jedes Proletariers, jeder Proletarierin brennen. Aber über dieser Erkenntniß dürfen wir zwei Umstände nicht verkennen. Zuerst, daß politische und gewerkschaftliche Bewegung auf verschiedenen, geschichtlich bedingten Wirkungskreisen Sonderaufgaben haben und der vollsten Bewegungsfreiheit und Selbständigkeit bedürfen, sollen sie diese Sonderaufgaben zum gegenseitigen höchsten Nutzen lösen. Dann aber, daß in Deutschland die angeführte reaktionäre Gesetzgebung zur strengen Innehaltung der Grenzen zwischen beiden Wirkungsgebieten zwingt. Womit keineswegs gesagt sein soll, daß die gekennzeichneten Umstände der Gewerkschaftsbewegung wohl erlauben, mit Nationalsozialen, professoralen Lobrednern der königlichen Kaufleute und genialen Unternehmern, mit bürgerlichen Allerweltsfreunden den Bruderkuß zu tauschen, ihn jedoch allein der Sozialdemokratie vorzuenthalten.

Unserer Meinung nach hätte der schwebende Konflikt der Partei wie den Gewerkschaften ferngehalten werden müssen und ferngehalten werden können. Nun er aber da ist, hoffen wir wenigstens, daß der Parteitag eine Entscheidung fällen wird, welche der Gewerkschaftsbewegung giebt, was der Gewerkschaftsbewegung ist, und der Sozialdemokratie, was der Sozialdemokratie ist. Mehr als je sind in unseren Tagen wirtschaftlichen Niedergangs und politischer Reaktion Sozialdemokratie und Gewerkschaften auf einander angewiesen. Ein Bruderzwist an Stelle innerer brüderlicher Solidarität würde nach beiden Seiten hin mörderisch wirken und nur dem gemeinsamen Gegner frommen. Neben manchem recht unerquicklichen Zug hat der Konflikt auch hocherfreuliche Thatsachen in helles Licht gerückt. Die klare Erkenntniß der proletarischen Klassenlage und das dadurch bedingte, tiefgewurzelte Solidaritätsbewußtsein der Massen, das Streikbruch als Verbrechen, als Ehrlosigkeit bewerthet. Die hohe Achtung vor der Disziplin, welche der proletarische Kämpfer seiner Organisation schuldet. Die feste, sieghafte Ueberzeugung von der inneren Einheit der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung. In diesen Thatsachen gründet unsere Hoffnung, daß die Debatten des Lübecker Parteitags dazu beitragen werden, die inneren Beziehungen zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung zu festigen und zu vertiefen. Was die kapitalistische Ausbeutung und Herrschaft, die hellodernde Sehnsucht nach Freiheit und Kultur, nach vollem, schönem Menschenthum zusammenfügt, das darf auch ein beklagenswerther Konflikt, wie der Hamburger, nicht scheiden. Daß Gewerkschaften und Sozialdemokratie auch in nächster Zukunft vereint schlagen, sei die Lösung, unter der die Vertreter der Partei eine Lösung der Streitfrage suchen, den grimmigen Feinden und falschen Freunden der Arbeiterklasse zum Trutz!

Fabrikinspektions-Assistentinnen in Preußen und in Württemberg.

Im Bericht der Gewerbeaufsichtsbeamten im Königreich Württemberg für das Jahr 1900 finden wir zum ersten Male den Jahresbericht der Gewerbeinspektions-Assistentin. Nach dem von dieser gewonnenen Eindruck sehen viele Unternehmer die Anstellung eines weiblichen Aufsichtsbeamten als ein Erforderniß der Zeit an, hervorgerufen und bedingt durch die beständig wachsende Zahl der Arbeiterinnen. Dagegen klagt die Beamtin, daß den Arbeiterinnen bedauerlicherweise größtentheils das Verständniß für die Stellung und die Aufgabe der Assistentin fehle. Wohl beantworteten die Arbeiterinnen bereitwillig alle von der Beamtin an sie gestellten Fragen, sie brachten auch anlässlich dieser Fragen ab und zu eine Beschwerde an. Ohne Befragen der Assistentin ist jedoch nur eine einzige Beschwerde während der Revision und im Weisheit des die Assistentin begleitenden

Betriebsingenieurs vorgebracht worden. Wir meinen freilich, daß auch die Arbeiterinnen mit mehr Verständnis, Vertrauen und geringerer Zurückhaltung der Assistentin entgegenkommen werden, wenn sie sich an deren Thätigkeit gewöhnt haben werden und diese ihren Dienst ohne Begleitung thun würde.

Das System der Vertrauenspersonen hat sich nach der Meinung der württembergischen Aufsichtsbeamtin fast gar nicht bewährt, ihrer Meinung nach nicht zuletzt wegen der geringen Entwicklung der Arbeiterinnenorganisationen.

Man kann selbstverständlich an die Thätigkeit einer erst wenige Monate in ihrer neuen Stellung stehenden Aufsichtsbeamtin keinen allzu strengen Maßstab legen und muß mit dem endgiltigen Urtheil zurückhalten. Wir erwarten, daß die Auffassung der Assistentin sich noch in mancher Hinsicht wesentlich klären wird. Sicherlich wird sich zum Beispiel mit der Zeit ihre Ueberschätzung der Wohlfahrtseinrichtungen mindern, da man ja schon nach dem ersten Bericht sieht, daß der Beamtin auch die Rehrseite der Medaille nicht ganz verborgen geblieben ist. Die Beobachtungen der Dame über die Krippen und Kinderbewahranstalten sind ganz beachtenswerth. Die Aufsichtsbeamtin weist auf eine gewisse Abneigung der Arbeiterinnen gegen diese Krippen hin, weil sie Ansteckung für ihre Kinder befürchten, weil zweierlei Behandlungsweise in der Ernährung der Kleinen unvermeidlich ist, und weil selbst die besten Krippen die mütterliche Pflege nicht ersetzen können. Die Abneigung der Arbeiterinnen gegen die Mädchenheime versteht die Inspektorin nicht. Mit der Zeit dürfte sie sich aber in den Gedankengang der geplagten Proletarierinnen hineinfinden, denen es nach elf Stunden schwerer Arbeit unter der Aufsicht von Verführern nicht nach weiterer Abhängigkeit und Aufsicht gelüftet.

Was die Arbeitsverhältnisse anbelangt, so stellt die Aufsichtsbeamtin fest, daß Wasch- und Ankleideräume, ferner Bedürfnisanstalten und Bäder für die Arbeiterinnen in größerer Zahl vorhanden sind, daß aber manchmal die Aborte jeder Beschreibung spotten.

An besonderen Schäden, die zur Kenntniß der Aufsichtsbeamtin gekommen sind, wollen wir erwähnen: gesetzwidrige Beschäftigungen jugendlicher Arbeiter, hausindustrielle Beschäftigung vierzehn- bis sechzehn-jähriger Mädchen nach Schluß der Fabrikarbeit, Betheiligung volksschulpflichtiger Kinder an der Erwerbsarbeit, hausindustrielle Beschäftigung sechs- bis sieben-jähriger (!) Kinder. Die Aufsichtsbeamtin stellt fest, daß man in manchen Betrieben nicht gern sieht, wenn die Arbeiterinnen von der gesetzlichen Vergütung der anberthaltstündigen Mittagspause Gebrauch machen. Was das bedeutet, weiß jede Leserin unseres Blattes! Die Assistentin konstatirt ferner, daß die Arbeiterinnen nicht gerne über Zeit arbeiten, selbst nicht bei Aufschlägen auf die Ueberstunden. Sie berichtet von einer Uebertretung der Beschäftigung von Wöchnerinnen; sicherlich sind mehrere derartige Fälle vorgekommen, aber es ist ja bekannt, daß selbst beim besten Willen der Aufsichtsbeamten sich schwer diese Feststellungen machen lassen. Damit wir auch etwas Gutes melden können, wozu wir leider so selten Anlaß haben, erwähnen wir die anerkenntswerthe Einrichtung in der Strickwarenfabrik von M. Vartenschlag in Kirchheim, wo ohne Weiteres den verheiratheten Arbeiterinnen jeder Samstag Nachmittag freigegeben wird.

Was wir in Vorstehendem kurz über die Thätigkeit der württembergischen Aufsichtsbeamtin berichteten, beweist, daß man einem Bedürfnis entsprochen hat, als man sich endlich entschloß, die weibliche Fabrikaufsicht auch in Württemberg einzuführen. Wir glauben, es ist hohe Zeit, daß in ganz Deutschland weibliche Aufsichtsbeamte in genügender Zahl und mit genügenden Befugnissen neben den männlichen angestellt werden. Freilich hat der größte Bundesstaat noch immer nicht seine zögernde Haltung in Betreff dieser Reform aufgegeben. Im ganzen Königreich Preußen sind bis heute nur zwei Assistentinnen thätig: die eine im Aufsichtsbezirk Berlin-Charlottenburg, die andere im München-Gladbacher Bezirk. Ueber die Thätigkeit der Assistentin, die der Gewerbeinspektion Berlin II zugewiesen wurde, berichtet ihr Vorgesetzter, Regierungs- und Gewerbeberath Hartmann, daß sie ihr Hauptaugenmerk auf Betriebe gerichtet hat, in welchen ausschließlich oder überwiegend Arbeiterinnen beschäftigt waren, also auf Waschfabriken, Konfektionswerkstätten und verwandte Branchen. „Die anfänglich ablehnende Haltung der Unternehmer ist durch die Sachkenntniß und das ruhige sichere Auftreten der Assistentin bald beseitigt worden. Durch die Ausübung der Revisionsthätigkeit und durch Beziehungen aus ihrer früheren langjährigen praktischen Thätigkeit ist es ihr gelungen, in persönliche Fühlung mit Arbeiterinnen zu treten; jedoch haben sich daraus nähere Beziehungen noch nicht entwickelt. Die Beschwerden aus Kreisen der Arbeiterinnen, welche sich meist über mangelhafte Beschaffenheit der Betriebswerkstätten, fehlende Kleiderablagen, Waschgelegenheiten, Aborte und ähnliche Dinge ausließen, sind fast ausschließlich durch Vermittlung der Beschwerdefommision eingegangen.“

Der Gewerbeinspektor zu München-Gladbach äußert sich ganz sympathisch über das allseitig anerkannte taktvolle Auftreten und den großen Fleiß der Assistentin. Er meint aber weiter, daß das Bedürfnis nach weiblicher Fabrikaufsicht bei den Arbeiterinnen des München-Gladbacher Bezirks noch nicht fühlbar geworden ist, so daß die Aufsichtsbeamtin nur das leisten konnte, was ein tüchtiger männlicher Beamter auch geleistet haben würde.

Gewiß, daß vielerlei Umstände von Einfluß darauf sind, daß die Anstellung weiblicher Gewerbeaufsichtsbeamten im Anfang vielfach nur geringe Resultate aufweist. Allein es ist unzweifelhaft auch mit einer Schuld der Arbeiterinnen, wenn die Nothwendigkeit der weiblichen Fabrikaufsicht, wo mit ihr Experimente gemacht werden, nicht allgemein eingesehen wird. Die Arbeiterinnen selbst sind leider dieser für sie so wichtigen Einrichtung gegenüber noch viel zu gleichgiltig und viel zu zurückhaltend. Wenn in München-Gladbach, einem Zentrum weiblicher Fabrik- und Heimarbeit, im Laufe eines Jahres nur sechs Arbeiterinnen die Sprechstunde der Assistentin aufgesucht haben, so ist es erklärlich, daß die Gegner der Neuerung hieraus Kapital schlagen. Erst wenn die Arbeiterinnen das nöthige Verständnis für die Arbeiterschutzgesetzgebung und für die Fabrikaufsicht an den Tag legen, erst dann wird der Widerstand gegen die weibliche Fabrikaufsicht vollständig gebrochen werden. Und das läge doch sicherlich im Interesse der Arbeiterinnen selbst. a. hr.

Bur Frage der Wirthschaftsgenossenschaften.

Auch ich muß mich gegen die Wirthschaftsgenossenschaften aussprechen. Als Kleinstädterin bin ich überhaupt nicht für das Zusammenwohnen vieler Familien in einem großen Hause, und noch weniger schön stelle ich es mir vor, wenn so viele Familien in einem gemeinsamen Haushalt zusammen leben sollen. Ich glaube nicht, daß wir schon soweit vorgeschritten sind, daß nicht auch in einer sogar nur von Genossen gebildeten Wirthschaftsgenossenschaft Zanf und Haß vorkommen würden. Streit und Haß würden sich aber wohl am meisten geltend machen beim Eintritt von schlechten Zeiten für einige Genossenschaftler.

Wenn auch ein kleiner Fonds für Nothfälle gegründet werden könnte, was wohl nur bei einem besseren und sicheren Einkommen der Arbeiter möglich wäre, so würde doch dieses Geld nicht weit reichen, wenn mehrere Familienväter zugleich arbeitslos werden. Das ist aber besonders bei Arbeitern, die in derselben Branche thätig sind, häufig der Fall. Es giebt auch Arbeiter, wie z. B. Maurer, die in großen Städten, ich denke hauptsächlich an Berlin, zu jeder Zeit arbeitslos werden können. Solche Arbeiter könnten, obgleich sie doch auch noch zu den besser gestellten Proletariern gehören, entweder nie der Genossenschaft angehören, oder aber diese müßte gewärtig sein, daß die Betreffenden öfter etwas schuldig blieben. Wenn sie auch im günstigsten Falle ihre Rückstände bald zahlen könnten, so müßten doch zeitweilig die anderen Genossenschaftler Mittel für sie auslegen, und ich glaube, daß hierdurch mancher Zanf verursacht werden würde.

In einer Einzelhaushaltung kann ein Jeder sein Geld verwenden wie er will. Hat man nicht genügend Mittel, so richtet man sich ein, wie man am besten auskommen kann. In der Wirthschaftsgenossenschaft müßte man jedoch die gleiche Lebenshaltung führen wie die anderen Mitglieder, denn es würde doch nicht für Einen dies und für den Anderen das gekocht werden können. Wäre es aber auch möglich, daß man einfachere Gerichte bekommen könnte, so würde doch mancher Genossenschaftler zu stolz sein, die Gelegenheit auszunutzen, und dadurch zu zeigen, daß seine Mittel nicht weiter reichen.

Zur Begründung der Wirthschaftsgenossenschaften müßte man sich Pflichten auferlegen, denen man unter Umständen nicht gewachsen sein könnte. Man müßte doch wöchentlich oder monatlich eine gewisse Summe einzahlen, um das nöthige Geld zusammen zu bringen. Wenn man auch vielleicht etwas Kapital geliehen bekäme, so müßten doch wohl die Genossen selber das Meiste decken. Ich bin der Meinung, daß es jedem Arbeiter schwer würde, neben den Mitteln für andere nöthigen Ausgaben diese laufenden Beiträge aufzubringen. Ich weiß aus Erfahrung, daß die Arbeiterfamilie sich nie verpflichten kann, zu einer bestimmten Zeit etwas zu bezahlen, da sie nie sicher ist, ob nicht inzwischen Arbeitslosigkeit oder Krankheit eintritt. Ich bin daher auch gegen Lebensversicherungen, Kinderversicherungen und dergleichen mehr. Alle diese Dinge legen einem viel mehr Sorge auf, wie der ganze Gewinn werth ist. Oft muß man hungern und darben, um nur die paar Groschen aufzubringen, die solche Versicherungen kosten.

Nun zu der Dienstbotenfrage in Genossin Brauns Wirthschaftsgenossenschaft. Unmöglich können so wenig Dienstboten, wie vorgesehn, ausreichen, um das Essen zu kochen und die Kinder zu

beaufsichtigen. Ich will annehmen, es sind in einem Hause nur sechzig Familien. Sicherlich würden davon doch fünfzehn kleine Kinder besitzen, die noch nicht laufen können. Sollen diese Kinder denn alle von einer Wärterin gewartet werden? Das wäre doch wohl ein Ding der Unmöglichkeit. Die Kinder würden dabei halb verkommen und die Wärterin müßte sich trotzdem halb zerreißen, und das können wir doch am allerwenigsten verantworten. Dazu möge man noch bedenken, welcher Streit daraus entstehen könnte, wenn das eine oder andere Kind etwas zurückgesetzt würde. Und wie steht die Sache betreffs des Wirthschaftspersonals? Wenn auch alle möglichen Maschinen angeschafft werden könnten, was nebenbei bemerkt recht viel Geld kosten würde, so bedürfen Maschinen, die im Haushalt gebraucht werden, noch viel Bedienung. Man könnte in der Wirthschaftsgenossenschaft auch unmöglich mit drei Personen in der Küche auskommen. Wenn wir nicht das Arbeitspersonal mit Arbeit überbürden wollen, was uns doch gewiß fern liegen muß, so können wir gar nicht daran denken, das ganze große Hauswesen von vier Personen versehen zu lassen. Ja, es ist sogar undenkbar, daß so wenig Menschen auch bei der allerangestrengtesten Arbeit allen Anforderungen genügen könnten. Das muß sich Jeder sagen, der eine Ahnung vom Arbeiten hat. Würde man aber in der Wirthschaftsgenossenschaft so viel Bedienung anstellen wie nöthig wäre, so würde das ganze Unternehmen sich viel zu theuer gestalten, um von Arbeitern überhaupt gegründet und unterhalten zu werden.

Frieda Wulff-Stralsund.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Anlässlich der Ernennung des „langen“ Müller zum Handelsminister wurde bekanntlich in dem Wahlkreise Duisburg-Mülheim eine Ersatzwahl nothwendig. Bei der Wahl-agitation mitzuwirken, ward Genossin Zieh-Hamburg von den leitenden Genossen des Kreises aufgefordert. Versammlungen waren geplant in Mülheim a. d. Ruhr, Duisburg, Meiderich, Broich, Hochfeld und Buschhausen. In Mülheim verfügen wir leider nur über ein kleines Lokal, das etwa 250 Personen faßt. Dasselbe war bald überfüllt, und auf einer Wiese hinter dem Hause hatten sich außerdem Hunderte angesammelt, die ebenso aufmerksam wie die im Saale befindlichen Personen dem Referate folgten und durch jubelnden Beifall ihre Zustimmung zu demselben bekundeten. Das geräumige Lokal in Meiderich war überfüllt, unter den Anwesenden waren mindestens 200 Frauen. Auch in Meiderich war die Stim-

mung eine vorzügliche. Einem katholischen Lehrer, der der Referentin entgegentrat, wurde von dieser und Genossen Wessel gehörig heimgeleuchtet. Das große Lokal in Duisburg war bis zum letzten Platz gefüllt. Durch nicht endenwollenden Beifall sowie durch Zwischenrufe bekundeten die Anwesenden ihre Zustimmung. In letzter Stunde war es den Gegnern gelungen, uns das Lokal in Broich wieder abzutreiben, so daß die Versammlung daselbst leider ausfallen mußte. In Hochfeld war nicht nur das Lokal überfüllt, sondern Hunderte hatten sich hinter die Fenster postirt. Ueberall zeigte sich, daß auch die Frauen den politischen Tagesfragen ein lebhaftes Interesse entgegenbringen. Am Vorabend der Wahl sollte die Versammlung in Buschhausen stattfinden. Schon am Morgen erschien ein Genosse aus dem Orte beim Wahlkomitee und theilte mit, daß von den Gegnern beabsichtigt sei, die Versammlung zu sprengen. Wir sahen in Ruhe den Dingen entgegen, die da kommen würden. Der Saal war von uns gemiethet und der Schlüssel dazu in unseren Händen. Als wir jedoch gegen 7 Uhr anlangten, war der Saal bereits besetzt. Unseren Genossen, der im Besitze des Schlüssels war, hatte man einfach bei Seite gedrängt, die Thür zertrümmert und war dann durch die zerbrochene Thür und die Fenster in den Saal gestürmt. Den Anführer der „Beumergarde“ machte der evangelische Ortspastor, der von dem Bürgermeister assistirt ward, welcher etwa ein Duzend Schutzleute anführte. Gegen 8 Uhr erschienen die Bergleute, die sich mit Stehplätzen begnügen und in der Mehrzahl, viele Hunderte, draußen bleiben mußten. Nach Eröffnung der Versammlung gab Genosse Weyers bekannt, daß wir von der Absicht unserer Gegner unterrichtet seien. Im Falle von Ruhestörungen würden wir jeden Lärmmacher aus dem Saale weisen, da das Lokal von uns gemiethet sei. Wer sich dann nicht füge, werde später wegen Hausfriedensbruchs belangt werden. Dagegen sei Jedem volle Redefreiheit garantirt. Als darauf Genossin Zieh das Wort ertheilt ward, schlug die ganze „Beumerkolonne“ wie auf Kommando einen heillosen Lärm und verlangte, daß das Bureau von ihren Leuten besetzt werde. Genossin Zieh erbat sich das Wort zur Geschäftsordnung. Sie führte aus, daß uns zwar mitgetheilt worden, eine Sprengung der Versammlung sei beabsichtigt. Jedoch könne sie das, so lange keine Beweise dafür vorlägen, nicht glauben, da sie von Niemanden schlechter denke, als von sich selbst. Sie sei der Meinung, das politische Anstands- und Reinlichkeitsgefühl müsse Jeden abhalten, zu so überaus schmutzigen, unanständigen Mitteln im Wahlkampfe zu greifen. Sie könne nicht glauben, daß der Herr Bürgermeister in der obenerwähnten Absicht hergekommen sei. Viel lieber wolle sie annehmen, daß er mit dem starken Polizeiaufgebot erschienen sei, um Ausschreitungen der Gegner

Die Näherin.

Von Théodore de Bandville. — Deutsch von Wilhelm Thal.

I.

An der Stelle, wo die Rue Saint-Jacques in Paris, die von Umbauten noch verschont geblieben ist, ihre ursprüngliche Enge bewahrt hat, wohnte im höchsten Stocke eines Hauses, das ausschließlich Arbeiter beherbergte, in einer unter den Dachziegeln gelegenen Kammer eine sehr arme, achtzehn Jahre alte Arbeiterin Namens Josephine Moche.

Hüßlich und amuthig, aber bleich, schlank, fast mager, mit feinen Zügen, weichem kastanienbraunem Haare und hellgrauen Augen, repräsentirte sie gerade jenen Schönheitsstypus, auf den selbst eine Herzogin stolz sein kann, die 200 000 Francs Rente besitzt. Der Zufall verleiht den Enterbten, die nicht wissen, was sie damit anfängen, solch' vornehme Gesichter. Der Geburtschein Josephines trug den standesamtlichen Vermerk: „Vater unbekannt“. Die junge Arbeiterin war die Tochter einer gewissen Adebelle Moche, die lebig und Näherin wie sie, verführt und verlassen worden war und um ihr Kind zu erziehen, unaufhörlich arbeitete, bis die ewige Näherei sie schließlich aufgerieben hatte.

Wenn sie sich nicht verführen lassen wollte, mußte Josephine leben und sterben wie ihre Mutter, denn sie gehörte zu jenem millionenköpfigen Stamme Armseliger, Beladener, für die es keine Hoffnung auf Erden giebt.

Früher war es ein tollkühner Plan von der Nadel leben zu wollen; heute ist es nicht mehr und nicht weniger als eine wahnsinnige Idee. Allerdings hatte Josephine Moche Stunden wilder Empörung gegen ihr Loos. Sie war kein zahmes Geschöpf. Sie wollte nicht essen, nicht trinken, nicht schlafen, sie wollte Tag und Nacht arbeiten, um nur nicht in die Sklaverei zu gehen, nicht einer

Werkstatt angehören zu müssen. Daheim wollte sie arbeiten, unter einem fremden Dache konnte sie nicht atmen.

Sie nähte auch für Arbeiterinnen, für Näherinnen, die glücklicher waren, als sie selbst, und die mehr Mittel besaßen. Da sie in allen Nadelarbeiten sehr gewandt war, so fertigte sie auch Kleider zu billigen Preisen an. Weil man ihr jedoch alle Zuthaten liefern mußte, und sie nicht einen halben Meter Besatz oder Futter auslegen konnte, so bestand ihre Kundschaft einzig und allein aus kleinen Rentiersfrauen und alten Jungfern mit Katzen und Papageien, kurz aus Damen, die sehr anspruchsvoll waren und sehr schlecht zahlten.

Wenn sie den Arbeiterinnen, die ihr zu thun gaben, erklärte, daß sie bei so schlechter Entlohnung nur Brot essen und Wasser trinken konnte, so fragten diese erstaunt: „Ja haben Sie denn keine Nähmaschine?“

Nein, Josephine Moche hatte keine; sie besaß nichts, was Geld kostet, außer ihrer Matrage, ihrem Tisch aus weißem Holz, ihrem Stuhl und das winzige eiserne Deschen, das sie nur drei Mal im Jahre anzündete.

II.

Träume sind ein Luzus, die Denen untersagt sind, welche mit materiellen Schwierigkeiten kämpfen. Josephine hatte nichts weiter begriffen, als daß es ein Geschlecht giebt, welches bestimmt ist, stets zu sticheln und zu nähen, das nie die Arbeit unterbrechen darf und alles Glend ertragen muß, und daß sie selbst diesem Geschlechte angehörte. Und sie hatte nicht einmal die Hoffnung, daß ihr elendes Geschick durch eine Zuneigung gelindert und verklärt werden könnte, denn sie war fest entschlossen, lebenslang allein zu bleiben.

Ein junges Mädchen der reichen Klasse stellt sich die Liebe unter dem Bilde eines ideal schönen Jünglings vor, der wie ein

zu verhüten. Sie könne auch nicht glauben, daß die beiden Geistlichen, die doch nicht nur den Grundsatz vertreten „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“, sondern auch den: „Liebet eure Feinde“, die Anführer bei Radau machen wollten. Eher nehme sie an, daß dieselben hergekommen seien, um ihren Einfluß auf die Kinder ihrer Gemeinde auszuüben, daß diese von ihrem Beginnen abließen. Es solle heute eine Frau aus dem Volke sprechen. Den Herren, denen alle Quellen der Bildung offengestanden, die zum Theil die Universität besucht, ihr Doktorexamen gemacht, müsse es ein Leichtes sein, sie zu widerlegen. Schließlich sei eine beabsichtigte Sprengung taktisch außerordentlich unklug. Es komme unter allen Umständen zu einer Stichwahl, wo beide in Frage kommenden Kandidaten um die Stimmen der Sozialdemokratie werben müßten, während sie dieselben jetzt in solcher Weise provozieren. Sie appellire also an die Einsicht, das persönliche Ehr- und politische Anstandsgefühl, indem sie ersuche, die Ruhe zu wahren. So weit hatten die Gegner ruhig zugehört, allein dann ging der Krakehl aufs Neue los, so daß wir schließlich genöthigt waren, um einer Auflösung vorzubeugen, die Versammlung zu schließen. Eine Anzahl der Radaubröder brachte darauf ein Hoch auf den Kaiser aus, während die andern „Heil dir im Siegerkranz“ und „Deutschland, Deutschland über alles“ brüllten. Daß dieser Gesellschaft kein Mittel zu schmutzig und gemein ist, um ihre Wuth an der Arbeiterbewegung zu kühlen, bewies das Vorgehen gegen eine in der Versammlung anwesende Arbeiterfrau, die man beim Kommissär wegen Majestätsbeleidigung denunzieren wollte. Als der Beamte fragte, was die Frau denn gesagt hätte, antworteten die Lumpen, während des Gesangs der Nationalhymne habe die Frau ausgespuckt! Man höre und staune! Der Beamte war jedoch vernünftig genug, zu erklären, damit sei doch nicht erwiesen, daß die Beschuldigte wegen des Liedes ausgespuckt habe. Er selbst habe Verschiedene gesehen, die ebenfalls das Bedürfnis gehabt hätten, auszuspucken. Uns will bedünken, daß es eine Majestätsbeleidigung schlimmster Art ist, wenn alles Ehrgefühls bare Lumpen und Radaubröder bei ihrem Spektakel ein Hoch auf den Kaiser ausbringen. Angesichts der Thatfache, daß mit solchen Mitteln gekämpft ward, Saalabreibungen an der Tagesordnung waren, innerhalb eines größeren Werkes zwei Wahllokale errichtet wurden, wo die Beeinflussungen der Arbeiter ungehindert und ungesehen vor sich gehen konnten, daß mit allen nur erdenklichen Mitteln gearbeitet ward — Beichtstuhl und Kanzel nicht ausgeschlossen — ist das Wahlergebnis, das fast eine Verdoppelung der sozialdemokratischen Stimmen brachte, um so höher anzuschlagen. Jede einzelne neugewonnene Stimme ist ein lebendiger Protest gegen Brotwucher, Maßregeln zur Vergewaltigung der

arbeitenden Massen, gegen Militarismus und Weltmacht-politik.

L. Z.

Ende Juli fanden sehr gut besuchte Volksversammlungen in Köln a. Rh., Kall und Kreuznach statt, in denen Genossin Zieh referirte. In allen drei Versammlungen waren die Frauen sehr zahlreich vertreten. In Kreuznach, wo die Versammlung besonders für die streikenden Glasarbeiter arrangirt worden, war die Stimmung trotz der vielen Opfer, die der Kampf fordert, eine vorzügliche. Müßen doch die Glasarbeiter nicht nur ihr Haus (Fabrikwohnung) Knall und Fall verlassen, sondern auch den mit Obst und Gemüse bepflanzten Garten im Stiche lassen. In der Diskussion forderte eine Genossin in schlichten, aber um so ergreifenderen Worten ihre Leidensschwwestern auf, den Muth nicht zu verlieren, sondern ihren Männern eine treue Stütze zu sein, da diese doch vornehmlich ihrer Familie, Frau und Kinder wegen in den Kampf getreten seien. Wahrlich, in unserer Aufklärungsarbeit werden wir auf das Beste unterstützt durch die Probenhaftigkeit der Unternehmer.

L. Z.

In Pirmasens, Lambrecht, Griesheim und Neu-Isenburg sprach Genossin Tröger-Offenbach in letzter Zeit in gut besuchten öffentlichen Versammlungen, welche den Zweck verfolgten, die Arbeiterinnen der gewerkschaftlichen Organisation zuzuführen. In Pirmasens galt es, besonders die Arbeiterinnen der Schuhindustrie über den Nutzen und die Nothwendigkeit der Gewerkschaft aufzuklären. In Lambrecht kam hauptsächlich die Arbeiterschaft der Textilindustrie in Betracht. Hier empfinden die ausgebeuteten Proletarier und Proletarierinnen recht fühlbar die Krise, während sie in den Zeiten der günstigen Konjunktur und der fetten Profite des Unternehmerrthums nichts von den Segnungen des Aufschwungs gespürt haben. Genossin Tröger behandelte die Frage: „Was lehrt uns die gegenwärtige Krise?“ und ihre Ausführungen fanden reichen Beifall. Leider konnte sie in Folge der Abreise nicht konstatiren, in welchem Umfang sich die geäußerte Zustimmung zu ihren Worten durch den Eintritt in den Verband in die That umgesetzt hatte. Eine stattliche Anzahl von Arbeitern und Arbeiterinnen hatten ihr versprochen, sich in die Organisation aufnehmen zu lassen. Ueber den „Kampf ums Dasein“ sprach Genossin Tröger in Griesheim vor einem zahlreichen Publikum, das mit gespanntem Interesse ihren Gedanken folgte. Die Versammlung gewann dem Verband der Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen fünfzehn neue Mitglieder, sie stärkte aber vor Allem auch den Muth und den Zusammenhalt der älteren Verbandsgenossen. Und das that sehr noth, denn in Griesheim sind erst die Ansätze zur gewerkschaftlichen Organisation der zahlreichen Arbeiterschaft vorhanden und zahlreich und groß sind

großmüthiger Held empfindet und sie durch die Feste des Lebens und die herrlichsten Landschaften führt. Josephine waren derartige Vorstellungen fremd. Sie hatte als kleines, ganz kleines Kind diesen schönen Jüngling in seiner ganzen Abscheulichkeit gesehen. Die Ehe, wie sie dieselbe kennen gelernt, war die der verlassenen Frau, die allein zu Hause sitzt und die Kleinen nach Brot schreien hört.

Josephine arbeitete wie eine Gefangene. Jeder Freude und Zerstreuung beraubt, hocte sie in ihrer Dachkammer. Nie hatte sie einen Garten gesehen oder ein Buch gelesen. Wenn sie die Straßen durchschritt, wenn sie Arbeit holte oder ablieferte, so sah sie höchstens ein Fleckchen Himmel und kümmerte sich sonst um nichts.

Sie lernte wenigstens die eine Befriedigung kennen, nicht jenen unglücklichen Frauen, jenen jungen Mädchen zu gleichen, die, einst ihre Gefährtinnen, der Schande anheim gefallen waren, und die sie beweinte. Sie wußte, sie fühlte sich rein, unschuldig und von jedem Schmutze frei.

So bestand ihr Glück nur in der Vermeidung der Schande und in nicht erlittenen Qualen.

III.

Im letzten Winter, als sie sich immer jämmerlicher nährte, und von ihrem mageren Lohne nicht mehr die wenigen Heller bestreiten konnte, deren sie für die Heizung ihres kleinen Koaksosen bedurfte, erkältete sie sich. Sie hustete, zuerst ein wenig, dann beständig unter schrecklichen Brustschmerzen, und bald wurde sie von heftigem Fieber ergriffen, das sie nicht mehr los wurde.

Das arme Mädchen wußte nur zu gut, daß das Kranksein nur den reichen Leuten gestattet ist. Josephine pflegte sich nicht — wie hätte sie es auch thun sollen? — sie ruhte sich nicht aus und fuhr fort, Tag und Nacht zu nähen und ihren nothwendigen

Arbeiten nachzugehen. Bald aber verließen sie die Kräfte ganz und gar; sie mußte im Bette bleiben und hier nähte sie, den Rücken gegen einen Haufen Kleider gelehnt.

Nun nahm Josephine, die aus Prinzip, aus Abscheu vor der Münze, in der man zahlen muß, stets alle Hilfe zurückgewiesen, dennoch die Dienste einer Nachbarin an, die statt ihrer die Gänge zu den Arbeitgeberinnen übernahm. Doch diese fanden die Arbeit schlecht, bezichtigten die Näherin der Faulheit und überhäufte sie mit Vorwürfen. Es kam der Augenblick, wo Josephine keine Arbeit mehr erhielt und buchstäblich ohne einen Pfennig da stand.

Die Nachbarin, die die Gänge für sie besorgt hatte, und auch Andere noch wären ihr zu Hilfe gekommen. Doch das ungerechte Geschick hatte Josephine unzugänglicher als je gemacht. Sie fand, sie hätte sich genug gewehrt, es wäre ihr gutes Recht, einen unmöglichen Kampf aufzugeben. Darum beschloß sie zu sterben, um endlich die tiefe Ruhe zu finden. Sobald sie diesen Entschluß gefaßt hatte, wollte sie sich von aller Erdenqual erlösen.

So verließ sie eines Sonnabends um 1 Uhr Morgens ihr Dachkammerchen. Sie hatte den Muth, vorher noch Toilette zu machen, so gut es ging. Sie flocht ihr Haar, sie zog ihr billiges Korsett an, sie fangte ihr Kleid zurecht, obwohl es, sobald man es anrührte, in Stücke zu fallen drohte.

In dem Hause, das Josephine bewohnte, war es sehr leicht, Nachts auszugehen, da viele Miether des riesigen Gebäudes Beschäftigungen hatten, die gerade dann beginnen, wenn andere Leute schlafen gehen.

Das Wetter war trübe, die Luft eisig kalt, der Himmel ohne einen Stern. Ein feiner, scharfer Regen rieselte ununterbrochen hernieder. Josephine besaß nicht mehr die Kraft, schnell zu gehen, mit fieberglühenden, brennenden Augen, vom Husten geschüttelt, schleppte sie sich mühsam vorwärts, indem sie sich an den Häusern festhielt. Sie gieng die Rue Saint-Jacques entlang und kam

die Schwierigkeiten, mit denen das kleine Häuflein Organisirter kämpfen muß. Man denke: von den ungefähr dreitausend Personen, welche von den Griesheimer Farbwerken beschäftigt werden, sind kaum hundert organisiert! Und doch fordern die Arbeitsbedingungen den Schutz der gewerkschaftlichen Organisation geradezu heraus. Es giebt zum Beispiel in den Farbwerken Räume, welche im Volksmund als „Schlachthaus“ bezeichnet werden, weil die Arbeit daselbst so ungesund ist, und doch müssen in diesen Räumen Menschen schaffen, welche das „Ebenbild Gottes“ sein sollen, welche auf alle Fälle empfinden und denken und nur eine Gesundheit, ein Leben hinzupferen haben! Da ist es höchste Zeit, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen ihre Interessen und Pflichten erkennen und sich der Gewerkschaft anschließen. In Neu-Fsenburg sprach Genossin Tröger in einer gut besuchten Versammlung der Wäscherinnen und Plätterinnen über „Die Nothwendigkeit der Organisation für die Arbeiterinnen“. 30 Arbeiterinnen traten dem Verein der Wäscherinnen bei, so daß dessen Mitgliederzahl auf 130 gestiegen ist. So erfreulich dieses Resultat ist, so kann es doch nicht zufriedenstellen, wenn man sich daran erinnert, daß es in Neu-Fsenburg mehr als 300 Wäscherinnen und Plätterinnen giebt, dazu noch Arbeiterinnen anderer Berufe. Was die Organisation für die lohnarbeitenden Frauen zu leisten vermag, das hat seinerzeit der erfolgreich durchgeführte Kampf der Neu-Fsenburger Wäscherinnen gezeigt. Wie nothwendig es ist, daß die Organisation fernerhin zu Schutz und Trutz der Arbeiterinnen auf dem Plane steht, das lehren die noch sehr verbesserungsbedürftigen Arbeitsbedingungen der Wäscherinnen und Plätterinnen, das lehren die Versuche der Unternehmer, die früher erzielten Verbesserungen der Arbeitsbedingungen illusorisch zu machen. Wir werden uns gelegentlich noch mit den Arbeitsverhältnissen in den Neu-Fsenburger Wäschereien beschäftigen. Die Arbeiterinnen fangen an zu erkennen, wie bitter noch ihnen fester Zusammenschluß thut, und die Organisation der Wäscherinnen giebt sich alle Mühe, ihnen diese Erkenntniß zu erleichtern und zu befestigen. Ende Juli feierte sie ihr fünfjähriges Stiftungsfest, bei welchem Genossin Tröger die Festrede hielt. Der stürmische Beifall, den ihre Ausführungen fanden, welche die Segnungen der Gewerkschaft aufzeigten, läßt hoffen, daß auch in Neu-Fsenburg wie andernwärts die Arbeiterinnen, die Proletarierinnen als Aufgeklärte und Organisirte einen immer größeren Antheil am Befreiungskampf ihrer Klasse nehmen, der auch ihnen Freiheit und Glück bringt. C. T.

Antrag der Genossinnen zum Parteitag. Im Namen der Genossinnen von Augsburg, Berlin, Bremen, Chemnitz, Düsseldorf, Hamburg, Köln a. Rh., Leipzig, Memel,

endlich auf den Petit-Pont, wo sie sich an das Brückengeländer lehnte oder richtiger, darauf fallen ließ. Sie sah die Notre-Dame-Kirche, die in düsterem Schweigen gleichsam zu schlafen schien, sie sah die kalte, hier kanalisirte Seine, am einen Ufer das neue Krankenhaus, am anderen alte, verwitterte, schmutzige Gebäude; ihr gegenüber ein Lichtkreis, zu ihren Füßen die ruhige dunkle Fluth. Mit einem Blick umfaßte Josephine das alles und glaubte, das Ende ihrer Leiden sei nun gekommen.

In ihrem Hirn schwirrte nur noch das Wort: „Schlafen, schlafen!“ Sie wußte nichts von einem künftigen Leben. Jedoch erschienen ihr die Pflicht, die sie so hoch verehrt, die Reinheit, die sie sich unberührt erhalten, in diesem Augenblicke zu Wesen verfürpelt. Sie fühlte sich nicht allein und wollte sich muthig über das Geländer stürzen.

IV.

Doch in diesem Augenblicke wurde sie von zwei kräftigen Armen erfaßt und zurückgerissen.

Gerade, als Josephine ihren verhängnißvollen Entschluß ausführen wollte, sahen junge Leute, die sich zum Opernball begaben, über den Petit-Pont.

Einer von ihnen war schnell ausgestiegen, und er kam zur Zeit, um das junge Mädchen zu retten.

„Fräulein,“ sagte er zu Josephine, „verzichten Sie auf die Ausführung ihres entsetzlichen Entschlusses. Jedenfalls hat Sie das Glend dazu getrieben, doch fürchten Sie es nicht mehr. Gestatten Sie uns, Sie zu Ihrer Thür zu geleiten. Wir vergelten viel Gold; lassen Sie uns ein einziges Mal einen guten Gebrauch davon machen. Wenn Sie, wie ich glaube, klug sind, so werden Sie sich nicht vor uns fürchten, denn wir werden ehrlich und treu für Sie sorgen.“

Ein zweiter junger Mann, der ebenfalls herbeigeeilt war,

Reichenbach i. B., Teltow-Beeßlow-Storkow hat Genossin Baader folgenden Antrag zum Parteitag gestellt:

„In Erwägung: daß der geplante Zollwucher mit seinen mannigfachen Schädigungen für die arbeitenden Massen die Interessen der Hausfrauen, Mütter und Arbeiterinnen in allerschwerster Weise bedroht;

daß mithin die Situation wie kaum eine andere geeignet ist, die Frauen des werththätigen Volkes über den Klassencharakter und die Gemeingefährlichkeit der bestehenden Gesellschaftsordnung aufzuklären, ihnen die Sozialdemokratie als einzige rückhaltlose, zuverlässige und kraftvolle Vertreterin ihrer Interessen zu zeigen und sie zum Mitkampf in die sozialdemokratischen Reihen zu rufen, beantragen die unterzeichneten Vertrauenspersonen im Namen der Genossinnen:

Der Parteitag wolle beschließen;

1. ein Flugblatt herauszugeben, das von den Beauftragten der Genossinnen zur Veröffentlichung vorgeschlagen wird, und das in leichtfaßlicher Darstellung die Frauen über den Zollwucher und seine Folgen belehrt und sie zu energischer Protestkundgebung auffordert. Das Flugblatt soll, was die Höhe der Auflage und die Art der Verbreitung anlangt, nicht als Sonderflugblatt der Genossinnen behandelt werden, sondern als Veröffentlichung der Gesamtpartei.

2. Die von den Genossinnen für die nächste Zeit vorbereiteten Frauenprotestversammlungen gegen den Zollwucher sind von den Genossinnen in jeder Hinsicht zu unterstützen.“

Weibliche Delegirte zum sozialdemokratischen Parteitag. Der dritte Hamburger Wahlkreis delegirte außer zwei Genossinnen Genossin Steinbach-Hamburg zum Parteitag. Die Genossinnen von Breslau wählten in öffentlicher Frauenversammlung Genossin Threr-Pankow als Delegirte.

Notizentheil.

Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen.

Die Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft in Schlefien wird durch die nachstehenden Verhältnisse gezeigt. Die Schiffer, welche auf den Oderkähnen Holz, Kohlen, Steine etc. transportiren, müssen entweder ihre Frau mit zur Arbeit stellen oder einen Mitarbeiter nehmen, der von ihnen selbst bezahlt wird. Wenn die Frau mitarbeitet, so erhält der Kahnführer pro Monat 98 Mark. Zur richtigen Werthung dieser „Summe“ muß man berücksichtigen, daß

warf Josephine einen warmen, rosagefütterten Abendmantel über die Schultern. „Wenn Sie die Langeweile quält oder die Liebe,“ sagte er, „so kommen Sie mit uns. Wir haben Gold, Jugend und Freude, wir leben unter den Blumen, unter den Flammen der Kerzen, unter geschmückten und lächelnden Frauen, und Sie sollen sich amüsiren wie eine junge Kaiserin!“

Josephine hörte die schmeichelnde Stimme des schönen Verführers. Eine Minute der Bangigkeit, der Unsicherheit ergriff ihre Seele. Während der Hunger in ihren Eingeweiden wühlte, fühlte sie wie im Traume, wie ihre Füße über schwellende Teppiche glitten; sah sie sich im Glanze der Kronleuchter, von schönen Stoffen geliebkost, mit weißen Lilien und Rosen geschmückt; sie lauschte auf die fröhlichen Neben; sie genoß köstliche Speisen und trank funkelnden Feuerwein. Sie fragte sich, ob ihre bisherige Auffassung vom Leben nicht ein Irrthum gewesen, und ob der stozende, prächtige Luxus nicht das wahre Glück sei.

„Na, kommt sie endlich, oder kommt sie nicht?“ rief mit heiserer Stimme eine Frau, die den Kopf aus dem Wagen streckte.

Da der Wagen unter der fast am Ende der Brücke brennenden Gasflamme hielt, so sah Josephine die Frau deutlich. Sie sah ein freches und gemeines Weib, mit schönen, aber rohen Zügen. Unter der blonden Perrücke leuchteten die Augen in unnatürlichem, stechenden Glanze. Gemalt waren die scharfgezeichneten Brauen, gefärbt war der Mund und auf den Wangen lag bider Puder. Entsetzt starrte Josephine das Weib an und wie ein Blitz durchfuhr sie der Gedanke:

„So würde ich auch aussehen, wenn...!“

Nach schob sie die beiden jungen Leute zur Seite, und stürzte sich in den Fluß. Ihr Körper verschwand sofort in den schwarzen Fluthen, die ihn im hastigen Gewoge davon trugen.

die betreffende Arbeit sehr schwer und anstrengend ist und die Arbeitenden der Unbill der Bitterung aussetzt. Wenn auch die Frauen der Kohnführer keine zerbrechlichen Salondämchen sind, so machen sich doch die Folgen der harten Arbeit, die oft unter ungesunden Bedingungen vor sich geht, nachtheilig, ja verhängnißvoll bemerkbar. Der wirtschaftliche „Gewinn“ der Arbeit ist um so geringer, als die Familie durch die Abwesenheit der Frau vom Hause meist gezwungen wird, die Kinder in Pflege und Kost zu geben. In einem Falle mußte der Kohnführer fünf Kinder in Pension geben, damit seine Frau mit ihm zusammen arbeiten konnte. Man rechne nach, wieviel dem Ehepaar als „Lohn“ für die gemeinsame Frohn blieb! Wie gering aber auch der Verdienst ausfallen mag: die bittere Noth zwingt die Familie, wenigstens diese Bettelpfennige zu erwerben, und so muß auch die Frau zur Arbeit heran. Wie im Fabrikproletariat, so sind es also auch hier das Elend, der Hunger, die zur Mitarbeit der Frau treiben. Die Frauen, welche mit ihren Männern auf den Ockerfahnen arbeiten, klagen vielfach über ganz ungerechtfertigte Lohnneinhalten. Ein besonderes trasses Beispiel dafür sei hier angeführt. Ein Fischer hielt einer Arbeiterin den Lohn für sechswochentliche Arbeit inne, weil ihr Mann, ein Trunkenbold, als untauglich zur Arbeit plötzlich entlassen werden mußte. Das arme Weib ist sicher schon mehr als genug dadurch gestraft, daß es an einen Trunkenbold gekettet ist und ihm das Brot verdienen muß. Es ist aber äußerst bezeichnend für die deutegierige Natur der heutigen Wirthschaftsordnung, daß der Unternehmer aus dem Unglück der Arbeiterin Profit zu schlagen bemüht war, sich nicht damit begnügte, die Arbeitskraft der Frau auszubeuten, sondern obendrein noch ihren persönlichen Jammer gewissenlos ausnützte. E. J.

Geschlicher Arbeiterinnenschutz.

Zur Frage des geschlichen Arbeiterinnenschutzes ist kürzlich eine beachtenswerthe Broschüre erschienen: „Die Erwerbsthätigkeit der Frau und ihre soziale hygienische Bedeutung von Dr. P. Epstein, prakt. Arzt in München. (Preis 80 Pf., Frankfurt a. M. 1901, Dr. Eduard Schnapper, Verlagsinstitut für Sozialwissenschaften.) Dem Schriftchen liegt ein Vortrag des Verfassers im Münchener sozialwissenschaftlichen Verein zu Grunde. Der Vortrag ging von der heute viel erörterten Frage aus, inwieweit die Bestrebungen wirklich erwünscht oder durchführbar sind, die Fabrikarbeit der Frauen im Allgemeinen und insbesondere die Arbeit der verheiratheten Arbeiterinnen einzuschränken oder gar zu verbieten. In der Hauptsache kommt der Verfasser zu den gleichen Schlüssen wie die sozialistische Kritik der betreffenden sozialpolitischen Forderungen des Zentrums. Die werthvollen Angaben, welche der Verfasser über gesundheitschädigende Folgen industrieller Frauenarbeit aus der medizinischen Literatur und aus persönlichen Erfahrungen gemacht, sind in einer so populären und gut lesbaren Form gehalten, daß die einfachste Arbeiterin das Schriftchen mit Nutzen lesen kann. Wichtig sind auch die Bemerkungen über die Krippen, die ja leider in unseren heutigen Verhältnissen für die Kinder der Fabrikarbeiterinnen nicht entbehrt werden können. Dr. Epstein stellt fest, daß die Privatwohltätigkeit allein den in dieser Hinsicht vorliegenden Aufgaben durchaus nicht gewachsen ist, und daß eine regelmäßige und sorgfältige Ueberwachung der Krippen durch Ärzte und Ärztinnen stattfinden müßte. Der Verfasser macht auch auf die große Bedeutung der Unterernährung der Arbeiterinnen aufmerksam, die schon an sich neben der Fabrikarbeit Tuberkulose und Blutarmuth verursacht. Scharfer als gegen die Fabrikarbeit der Frau, die im modernen Wirthschaftsleben doch nicht entbehrt werden kann, spricht er sich gegen die viel gefährlichere Heimarbeit und Bauarbeit der Frauen aus. In der Uebersicht der beruflichen Erkrankungsursachen industrieller Arbeiterinnen vermiffen wir, daß die Erkrankungsgefahr durch Milzbrandsporen fehlt. Das kleine Schriftchen, das nichts besonderes Neues bringen will, ist sehr werthvoll und nützlich durch die Zusammenstellung des Materials, das den Arbeiterinnen nur schwer oder auch gar nicht zugänglich ist, und durch den Standpunkt, von dem aus dieses Material verarbeitet wurde. Aus all diesen Gründen empfiehlt sich die Anschaffung der Broschüre für alle diejenigen Organisationen, die mit der Frauenarbeit in ihrem Gewerbe zu rechnen haben.

a. br.

Frauenbewegung.

Der Verband fortschrittlicher Frauenvereine hält seine diesjährige Versammlung vom 3. bis 6. Oktober ab. Auf der Tagesordnung der öffentlichen Sitzungen stehen folgende Punkte: 1. Die Arbeiterinnenfrage (Fraulein Elise Lüders-Berlin). 2. Die Waisenfürsorge mit Bezug auf das Fürsorgeerziehungsgesetz (Frau Schaaf-

(Charlottenburg). 3. Die gemeinschaftliche Erziehung der Geschlechter (Fraulein Dr. phil. Helene Stöcker-Berlin). 4. Die Gründung von Rechtsschutzstellen (Fraulein Dr. jur. Marie Raschke-Berlin). 5. Die politische Erziehung der Frau (Fraulein Dr. jur. Anita Augspurg). 6. Das Krankenversicherungsgesetz (Herr Dr. Silbermann-Berlin). 7. Bericht der Delegirten, die Verbandsarbeiten betreffend. 8. Besprechung der vorzunehmenden nächsten Arbeitsgebiete. 9. Wahl des Vorstandes. Zu den Punkten 1 bis mit 6 ist Diskussion vorgesehen. Der Geschäftsbericht des Vorstandes, Kassenbericht, Organisationsfragen, Anträge etc. werden in einer Mitgliederversammlung verhandelt. Der Verband veranstaltet außerdem eine öffentliche Versammlung, in der Dr. med. Fleisch-Frankfurt a. M. über Hygiene und Sittlichkeit referiren wird, sowie eine öffentliche Kundgebung zum Zolltarifentwurf. Das Programm der Versammlung des Verbandes, wie der Umstand, daß die Sitzungen im Reichstagsgebäude stattfinden, bestätigen wieder einmal mit herzerfrischender Deutlichkeit, daß von Seiten der Behörden der bürgerlichen Frauenrechtelei und der proletarischen Frauenbewegung mit zweierlei Maaß gemessen wird. Jede proletarische Frauenorganisation, welche sich mit Fragen beschäftigen würde, wie: Die politische Erziehung der Frau und Das Krankenversicherungsgesetz; welche sich erdreistete, eine öffentliche Kundgebung zum Zolltarifentwurf einzuberufen, versiele in Preußen und anderwärts als politisch und gesetzbrecherisch unsehbar der Auflösung. Ihre Verbandsmitglieder würden angeklagt und verurtheilt „von Rechtswegen“. Den Leiterinnen der bürgerlichen Frauenorganisation, die sich mit politischen Angelegenheiten befaßt, geht keine Aufforderung zu, sich vor dem Kadi zu verantworten, dagegen die höfliche Mittheilung, daß dem Verband ein Saal des Reichstagsgebäudes für seine Zwecke zur Verfügung steht. Deutschland ist das Land „der vollendetsten Rechtsgarantien“, und wer es dem Grafen Pofadowsty nicht glaubt, der zahlt dem Reichsamt des Innern nach berühmten Mustern zwar nicht zwölftausend Mark, wohl aber einen Thaler.

Eine Monatszeitschrift für die indischen Frauen, die, wie das Pariser Tageblatt „La Fronde“ nur von Frauen geschrieben und gedruckt wird, giebt eine frauenrechtlerische Organisation von Hindudamen in Baranagar heraus.

Eine Bauerschule für Frauen wird demnächst in Berlin ins Leben treten. Das neue Institut will durch Erschließung des Bauwerks für Frauen dem weiblichen Geschlecht einen neuen lohnenden Erwerbsszweig zugänglich machen. Es soll zunächst mit der Heranbildung von Bauzeichnerinnen, bautechnischen Hilfsarbeiterinnen etc. begonnen werden, wie solche in anderen Ländern bereits mit gutem Erfolg thätig sind. Die Lehrgegenstände sind Konstruktionszeichnen, Formenlehre, Architektur, Entwerfen, Veranschlagen, höhere Mathematik und Statik.

Stellung des Justizdepartements der Schweiz zur Frage der Frauenrechte. Das eidgenössische Justizdepartement hat dem „Bund schweizerischer Frauenvereine“ eine eigene Vertretung gewährt in der Kommission, welche mit der Vorberathung des künftigen schweizerischen Zivilgesetzes betraut ist. Der Beschluß stellt ein anerkennenswerthes Aufdämmern der Erkenntniß dar, daß die Gesehe ebenso die Interessen der Frauen wie diejenigen der Männer berühren und daß sie deshalb Sache beider Geschlechter sein müßten. Der „Bund schweizerischer Frauenvereine“ hat mit seiner Vertretung Professor Smür von der Universität Bern betraut.

Frauenstimmrecht.

Die belgischen Sozialisten und das Frauenstimmrecht. Wie wir an dieser Stelle wiederholt berichteten, bestehen im Lager der belgischen Sozialisten Meinungsverschiedenheiten darüber, ob gegenwärtig das Eintreten für das Frauenstimmrecht im Interesse der sozialistischen Bewegung geboten sei oder nicht. Die Ansichten über die strittige Frage sind noch nicht geklärt. In Versammlungen und in der Presse werden die Debatten darüber fortgesetzt. In einer Versammlung der Center Parteigenossen wurde kürzlich die Frage von ihrer prinzipiellen und ihrer praktischen Seite aus erörtert. Die Freunde des Frauenstimmrechts waren in der Mehrheit. Die Frau stehe dem Manne nicht nach, weder an Energie, noch an Intelligenz, noch an Aufopferungsfähigkeit, so machten sie geltend. Die Befürchtungen eines Theiles der Sozialisten, die Verleihung des Stimmrechts an die Frauen könne dem Fortschritt schaden, seien übertrieben. Wie die Frau, so stehe auch ein großer Theil der Männer noch unter dem Einfluß der Geistlichen. Die Sozialisten verweigerten den vlämischen Bauern das Wahlrecht nicht, und doch wählen diese clerikal. Es könne auch nicht behauptet werden, daß alle Frauen noch clerikal seien; sie seien es nicht in den großen Städten und in den Industriezentren. Wenn wirklich in Folge des Frauenstimmrechts ein Rück-

schlag für die Partei käme, so sei dieser nicht von Dauer. Nach dem Rückschlag würden die Männer mehr wie vorher für Aufklärung der Frauen sorgen. Diese Ausführungen wirkten überzeugend. In einer Resolution erklärten sich die Genter Sozialisten für die Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen. Der Kongreß der Sozialisten der Borinage hat sich dagegen vor Kurzem gegen das Frauenstimmrecht ausgesprochen.

Das politische Stimmrecht aller Steuerzahlenden Frauen von Alabama (Vereinigte Staaten) war kürzlich von der gesetzgebenden Körperschaft in erster Lesung beschlossen worden. In der zweiten Lesung wurde jedoch der Beschluß wieder umgestoßen. Wie das „Women's Journal“ behauptet, wurde dieses Resultat nur dadurch erzielt, daß den Freunden des Frauenstimmrechts in ganz ungesetzlicher Weise das Wort abgeschnitten wurde. In der Folge sahen sich dieselben in die Unmöglichkeit versetzt, nochmals für die Rechte der Frauen einzutreten und vor Allem eine Reihe unwahrer Behauptungen betreffs der vorgeblichen Konsequenzen des Frauenwahlrechts zurückzuweisen.

Das allgemeine Wahlrecht zum Parlament und den Gemeindevertretungen für Frauen wie Männer vom 25. Lebensjahr an forderte der letzte Parteitag der dänischen Sozialdemokratie. Er erklärte, daß das allgemeine Wahlrecht eines der wirksamsten Mittel der Arbeiterklasse zur Eroberung der Macht in Staat und Gemeinden ist. Es muß deshalb eine der wichtigsten Aufgaben der Partei sein, das Wahlrecht in Uebereinstimmung mit ihrem Programm zu erweitern. Der sozialdemokratischen Fraktion im dänischen Parlament sowie dem Parteivorstand soll es überlassen bleiben, falls es zweckdienlich erscheint und als Uebergangsstadium, Anträge zu stellen auf Ausdehnung des politischen und kommunalen Wahlrechts auf alle Männer und Frauen vom 25. Lebensjahr an.

Das politische Frauenwahlrecht in Neu-Südwaales ist, wie englische Blätter melden, vom Parlament in dritter Lesung angenommen worden.

Verschiedenes.

Für die faktische Gleichberechtigung der Geschlechter in den Krankenkassen und die bessere Unterstützung der Wöchnerinnen trat Dr. Friedeberg-Berlin auf der achten Jahresversammlung des „Zentralverbandes von Ortskrankenkassen im Deutschen Reiche“ ein, die vom 6. bis 10. September in Stuttgart tagte. In seinem vorzüglichen Referate: „Krankenkassen, Ärzte und Apotheken“ führte er unter Anderem aus, daß die Krankenkassen auch die Aufgabe haben, auf eine Umbildung des Volksbewußtseins zu Gunsten der sozialen Stellung der Geschlechter hinzuwirken. Die Erfüllung dieser Aufgabe sei um so dringlicher, je mehr der fortschreitenden industriellen Frauenarbeit entsprechend die Zahl der weiblichen Mitglieder wächst. Der Zahl nach sind bei allen deutschen Krankenkassen von 1889 bis 1898 die weiblichen Mitglieder von 1195000 auf 1986900 gestiegen, dem Prozentsatz nach von 24,2 auf 29,3 Prozent aller Kassenmitglieder. In den Ortskrankenkassen stieg die Zahl der weiblichen Mitglieder in dem genannten Zeitraum von 497600 auf 974200, ihr Verhältnis zu den Mitgliedern überhaupt von 24,3 auf 31,4 Prozent. In diesen Zahlen spiegelt sich die Entwicklung des nationalen Wirtschaftslebens wieder. Leider werden die Frauen in manchen Kassenverwaltungen als Ausbeuterinnen der Kassen betrachtet. Es heißt: „Die Frauen kosten uns mehr, als sie uns einbringen“. Dieser Standpunkt ist falsch. Er berücksichtigt nicht den niedrigen Lohn der Arbeiterinnen, ihre schlechte Organisation, ihre geringe Widerstandsfähigkeit gegen das ausbeutende Kapital. Er berücksichtigt nicht die Bedeutung, welche die Gesundheit der Frauen für die Zukunft der Arbeiterklasse, der ganzen Nation hat. Die Krankenkassen haben den weiblichen Mitgliedern, ihrer Lage und ihrem Bedürfnis Verständnis entgegenzubringen. Sie müssen auch dafür sorgen, daß die Frau mehr Verständnis für die Fragen des öffentlichen Lebens bekommt und hier ihre Interessen wahr. Die Krankenkassen sind das einzige öffentliche rechtliche Institut, wo den Frauen aktives und passives Wahlrecht eingeräumt ist. Sie müssen sich deshalb angelegen sein lassen, die Frauen über die Bedeutung des Rechtes aufzuklären und sie an seinen Gebrauch zu gewöhnen. Notwendig ist auch, daß weibliche Mitglieder in den Vorstand gewählt werden. Wie die Zulassung weiblicher Ärzte, so ist die Wahl weiblicher Vorstandsmitglieder durch die Rücksicht auf die Frauenleiden geboten. Die Krankenkassen müssen ferner für Ausdehnung des Wöchnerinnenschutzes und für den Schutz der Schwangeren eintreten. Sie dürfen nicht sagen: die Mittel reichen dafür nicht aus. Man stelle fest, was für diese Zwecke nötig ist, und die Mittel müssen erungen werden. Schon zeigt sich eine Ten-

denz zur Erhöhung des Wöchnerinnenschutzes. 1892 verausgabten die Ortskrankenkassen für Wöchnerinnenunterstützung bei 641000 weiblichen Mitgliedern 588600 Mk., das ist pro weibliches Mitglied 92 Pf., 1898 aber auf 974000 weibliche Mitglieder 1233969 Mk., oder 1,27 Mk. pro weibliches Mitglied. Immerhin traf auf den Kopf des weiblichen Mitglieds in dem letzten Jahre durchschnittlich pro Woche noch nicht 2/3 Pf. Unterstützung. Die Fabrikkrankenkassen zahlen ihren weiblichen Mitgliedern höhere Wöchnerinnenunterstützung. Sie verausgabten dafür 1892 pro weibliches Mitglied 1,60 Mk., 1898 aber 2,28 Mk. Auch das ist noch wenig genug. In dieser Beziehung Besserung zu schaffen, ist dringend nötig. Die hierzu erforderlichen Mehrausgaben werden zum Teil weit gemacht durch Ersparnisse an Aufwendungen für solche Frauenleiden, welche die Folge mangelnder oder ungenügender Pflege während Schwangerschaft und Wochenbett sind. Gegen Dr. Friedebergs Ausführungen wendeten sich Graef-Frankfurt a. M. und Koppe-Berlin. Ersterer betonte, daß er im Prinzip mit dem Referenten übereinstimme, aber die Durchführung der befürworteten materiellen Neuerungen in der Praxis im Rahmen des geltenden Gesetzes nicht für möglich halte. Kassen mit starker weiblicher Mitgliederzahl könnten sonst dem Ruin überantwortet werden. Das komme zum Teil daher, daß Betriebe mit gut gezahlten, gefunden Arbeitern eigene Betriebskrankenkassen gründen können. Wochenbettkosten können viele Kassen nicht leisten. In Frankfurt a. M. muß z. B. ein armes Mädchen 30 Mk. zahlen, um in der Entbindungsanstalt Aufnahme zu finden. Bei der Wöchnerinnenunterstützung von 10 bis 15 Mk. ist das unmöglich. In Frankfurt haben sich weibliche Vorstandsmitglieder gut bewährt. Koppe-Berlin meinte, daß die Kassen ihren weiblichen Mitgliedern genügendes Interesse zuwendeten, nur müsse verhindert werden, daß diese die Kassen ausbeuten, wie es z. B. in Berlin durch Prostituierte geschehe, die kurze Zeit Kellnerinnenstellen einnehmen, um das Unterstützungsrecht zu erwerben. Dr. Friedeberg hob in seinem Schlussworte hervor, daß es sich darum handle, in der von ihm gezeigten Richtung vorwärts zu gehen. Die Frauen seien bei der Invaliditätsversicherung benachteiligt, um so mehr müßten sie bei der Krankenversicherung zu ihrem Rechte kommen.

Dienstbotenfrage.

Mit der Ausnahmegesetzgebung für Dienstboten beschäftigte sich der Parteitag der dänischen Sozialdemokratie, der Ende Juli in Kopenhagen tagte, sowie der sechste skandinavische Arbeiterkongreß, der Ende August ebendasselbst stattgefunden hat. Nach einem Referat von Nielsen-Odense und einer eingehenden Diskussion nahm der sozialdemokratische Parteitag zur Frage folgende Resolution an: „Der Kongreß verurteilt auf das Schärfste das geltende Dienstbotengesetz, das empörend ungerecht gegen die Dienstboten und ein Schandfleck unserer Arbeitergesetzgebung ist. Der Kongreß hofft, daß die Reichstagsgruppe alles daran setzen wird, um dieses reaktionäre Gesetz abzuschaffen, und wenn sich das gegenwärtig nicht erreichen läßt, wenigstens u. A. folgende Abänderungen des Dienstbotengesetzes durchzusetzen: 1. Abschaffung des Rechtes der Dienstherrschaft, „Hauszucht“ auszuüben. 2. Einschränkung des Rechtes der Dienstherrschaft zur kündigunglosen Entlassung der Dienenden. 3. Gewährung von vollem Lohn und Kostgeld für den Tag, an dem Dienstboten in ein anderes Dienstverhältnis übertreten. 4. Zuerkennung des Rechtes an die Dienenden, ihre Stellung zu verlassen, sobald sie Gegenstand gewaltsamer Angriffe seitens der Dienstherrschaft sind. 5. Aufhebung der Pflicht der Dienstboten, Ersatz zu leisten für Schaden, den sie durch Unachtsamkeit verursacht haben. 6. Abschaffung des Zwanges für Dienstboten, auch andere Arbeiten zu verrichten als diejenigen, für die sie eingestellt worden sind. 7. Errichtung von Schiedsgerichten, zu denen Dienstboten wie Diensherren das Wahlrecht besitzen. 8. Unentgeltlicher Rechtsschutz für Dienende in allen Rechtsfragen und Freiheit, den Rechtsbeistand selbst nach Ermessen zu wählen.“ Der Kongreß beschloß, eine planmäßige und rege Agitation unter den Dienstboten beider Geschlechter zu entfalten. Der sechste skandinavische Arbeiterkongreß hatte sich mit der Dienstbotenfrage in Folge eines Antrags zu befassen, den der Fachverein der Dienstmädchen von Kopenhagen eingebracht hatte. Derselbe war durch seine Vorsitzende Marie Christensen auf dem Kongreß vertreten. Marie Christensen, sowie Lyngsie, der Vorsitzende des dänischen Arbeitsmännerverbandes, schilderten die menschenunwürdigen Verhältnisse und gesetzlichen Bestimmungen, unter denen Dienstboten und häusliche Lohnarbeiter zu leiden haben. Ihre Ausführungen wurden durch andere Rednerinnen und Redner ergänzt und unterfüttert. Der Kongreß nahm eine Resolution an, welche die Aufhebung aller bestehenden Ausnahmegesetze für Dienstboten fordert, sowie die Einführung humaner gesetzlicher Bestimmungen zu ihrem Schutze.